

Antrag

der Abgeordneten Patrick Meinhardt, Uwe Barth, Cornelia Pieper, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Dr. h. c. Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Dr. Erwin Lotter, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Gisela Piltz, Frank Schäffler, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Neue Chancen für die berufliche Bildung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der jüngst von der Bundesregierung präsentierte Berufsbildungsbericht 2009 zeichnet noch ein recht positives Bild mit Blick auf die Situation der beruflichen Bildung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Dies mag kaum verwundern, da der Berichtszeitraum noch in die Phase wirtschaftlicher Stabilität und Prosperität fiel. Die vergleichsweise hohe Zahl an abgeschlossenen Ausbildungsverträgen verdeutlicht dies. Nach Datenlage des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) wurden im Zeitraum vom 1. Oktober 2007 bis zum 30. September 2008 bundesweit 616 259 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Der marginale Rückgang bei der Zahl der Verträge im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist dabei primär den stark einbrechenden Bewerberzahlen in den neuen Bundesländern und keineswegs der Unterversorgung an Ausbildungsplätzen geschuldet.

Deutsche Ausbildungsbetriebe haben Verantwortung übernommen. Sie tragen jährlich mit 30 Mrd. Euro rund 80 Prozent der Ausbildungskosten und bilden nicht selten über den eigenen Bedarf aus. Im Jahr 2008 gab es erstmals seit sieben Jahren schon vor der Nachvermittlung mehr unbesetzte Stellen (19 500) als unvermittelte Bewerber (14 500). Auch der Umstand, dass die Mehrheit der Betriebe trotz schwieriger Wirtschaftslage ihr Ausbildungsengagement aufrecht halten und so den Nachwuchs zu sichern beabsichtigt, verdeutlicht dies.

Doch leider steht zu befürchten, dass sich die positive Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt aufgrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise abschwächen oder umkehren wird. Die Ergebnisse der jüngsten IHK-Unternehmensbefragung deuten darauf hin, dass das Ausbildungsangebot reduziert

wird. Dementsprechend meldeten 27 Prozent der Betriebe, im Jahr 2009 weniger Ausbildungsplätze anbieten zu können als im Vorjahr. Dies treffe insbesondere auf exportorientierte Industrieunternehmen zu. Erstaunlich ist dabei, dass 73 Prozent der Unternehmen beabsichtigen, ihr Ausbildungsengagement aufrecht zu halten oder dies gar zu steigern (vgl. „Ausbildung 2009 – Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung“, DIHK).

Unabhängig von der konjunkturellen Situation entscheidet Qualität und das Ausmaß der Bildung und Qualifizierung unseres Nachwuchses maßgeblich darüber, ob und wie weit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Gesellschaft auf Dauer gesichert ist. Es gilt das in jedem jungen Menschen ruhende Potential zu erschließen und zu fördern. Die häufig fehlende Ausbildungsreife, verschärft durch die mit der demographischen Entwicklung einhergehenden Bewerberzahlen, stellt für den Wirtschaftsstandort Deutschland ein erhebliches Risiko dar. Die Defizite bei Schulabgängern stellen bei 64 Prozent der Unternehmen ein größeres Ausbildungshemmnis dar als die unsichere wirtschaftliche Perspektive (31 Prozent). Daher ist es essentiell, dass jedem jungen Menschen mit der bestmöglichen Ausbildung eine Perspektive für sein Leben gegeben wird. Um diese Perspektive zu eröffnen, ist ein hervorragendes Bildungssystem – von der frühkindlichen, vorschulischen Bildung bis hin zur Erwachsenenbildung und dem lebenslangen Lernen – notwendig.

Gerade der beruflichen Bildung kommt dabei für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses eine besondere Bedeutung zu. Die duale Berufsausbildung ist seit Jahrzehnten eine bewährte und wichtige Quelle für den Fachkräftenachwuchs in der Bundesrepublik Deutschland. Sie garantiert berufliche Qualifikation auf allerhöchstem Standard. Eine der größten Stärken der beruflichen Ausbildung besteht in ihrer Verankerung in der beruflichen Praxis. So gelingt es dem dualen System, Ausbildungsinhalte auf dem neuesten Stand der technischen Entwicklung zu halten. Auch finden in Deutschland weit mehr Absolventen einer betrieblichen Ausbildung im Anschluss daran eine Beschäftigung als Menschen in Ländern, in denen rein schulische Ausbildungen dominieren. Dementsprechend liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Finnland (20,1 Prozent) oder Schweden (22,6 Prozent) deutlich über dem Deutschen Niveau von 14,8 Prozent (vgl.: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Dezember 2006). In Deutschland absolvieren rund 60 Prozent eines Jahrganges eine betriebliche Ausbildung. Insgesamt werden rund 1,6 Millionen junge Menschen derzeit so ausgebildet.

Damit das System der beruflichen Bildung auch in der wirtschaftlichen Krise funktionsfähig bleibt, muss es auf die anstehenden Herausforderungen angepasst und ausgerichtet werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- im Rahmen der Bildungsforschung die Effektivität der derzeitigen Maßnahmen zur Unterstützung und Ausprägung der Berufsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern zu untersuchen, evaluieren und darzustellen;
- sich im Einvernehmen mit den Ländern dafür einzusetzen, dass insbesondere an den Schulen, die traditionell den Brückenschlag zum System der beruflichen Bildung bilden, eine sehr viel stärkere Berufsorientierung Einzug erhält. Betriebserkundungen, Praktika und Bewerbertraining müssen ebenso eine Rolle spielen wie die Ausrichtung der Lehrinhalte und Themen, die die Bedeutung der Wirtschaft und Technik in den Mittelpunkt rücken;
- die Förderangebote für Schulabgänger, die nicht unmittelbar in die berufliche Ausbildung übernommen werden, sondern sich im sog. Übergangssystem (z. B. Berufsvorbereitungsjahr, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen) befinden, sind zu reformieren und an die Bedürfnisse der Ausbildungsbetriebe des dualen Systems anzupassen;

- eine von geschlechtsspezifischen Stereotypen losgelöste Berufswahlberatung und Berufsorientierung zu unterstützen;
- den Erwerb von beruflichen Abschlüssen durch breitbandige flexible Ausbildungsberufe zu unterstützen. Eine kompetenz-, werte- und zielorientierte Ausbildung, die eine umfassende und flexible berufliche Handlungsfähigkeit ermöglicht, ist weiterhin als Leitbild der Entwicklung des Berufsbildungssystems in Deutschland zu betrachten;
- die Beibehaltung des Berufsprinzips zu gewährleisten. Auch nach Einführung breitbandiger flexibler Ausbildungsberufe muss die Berufsausbildung die Basis für ein erfolgreiches Berufsleben legen und zugleich der Startschuss für das lebenslange Lernen in der Arbeitswelt sein. Deshalb muss die duale Ausbildung für alle Ausbildungsbetriebe attraktiv bleiben;
- dafür Sorge zu tragen, dass am Ende jeder Ausbildung eine anerkannte öffentlich-rechtliche Abschlussprüfung steht. Auch in Zukunft muss gewährleistet sein, dass die Abschlüsse bundesweit einheitlich vor der zuständigen Stelle erfolgen. So werden keine neuen bürokratischen Lasten verursacht;
- den Erhalt der Dualität der Berufsausbildung zu garantieren. Auch in der Zukunft muss die betriebs- und damit auftragsorientierte Qualifizierung durch die Organisation der Berufsausbildung im Dualen System gesichert sein, d. h. eine vernetzte Ausbildung im Verbund zwischen Betrieben, Berufsschule und Überbetrieblichem Bildungszentrum muss Bestand haben;
- sich gegenüber den Ländern dafür einzusetzen, dass vollzeitschulische Ausbildungsgänge angesichts rückläufiger Schulabgängerzahlen zurückgefahren und betriebliche Ausbildungsplätze vorrangig besetzt werden. Vollzeitschulische Ausbildungsgänge sollten nur dann genehmigt werden, wenn sichergestellt ist, dass für die Qualifikation am Arbeitsmarkt Bedarf besteht und betriebliche Ausbildungsplätze nicht verdrängt werden;
- die überbetrieblichen Bildungszentren in ihrer Arbeit zu unterstützen. Denn die überbetriebliche Ausbildung ist unverzichtbar, um Aus- und Fortbildungsinhalte zu vermitteln, die einzelbetrieblich von kleinen, oftmals spezialisierten Unternehmen nicht abgedeckt werden können;
- eine bessere Verzahnung von Aus-, Weiter- und Hochschulbildung zu unterstützen. Bildungssackgassen darf es nicht geben. Die Durchlässigkeit zwischen den nationalen Bildungsteilsystemen muss maßgeblich verbessert werden. Die Anschlussfähigkeit der unterschiedlichen Bildungswege ist eine notwendige Voraussetzung. Durch die curriculare Abstimmung zwischen Aus- und Weiterbildung, zwischen hochwertigen Berufsbildungsgängen und akademischen Studiengängen, durch die Verbesserung der Anrechnungsmöglichkeiten zwischen den Teilsystemen des Bildungssystems und einer Vermeidung von Doppelqualifizierungen im Berufsbildungs- und Hochschulsystem muss Bildung effizienter gestaltet werden;
- dafür Sorge zu tragen, dass die betriebliche Ausbildung bestmöglich im europäischen Kontext positioniert wird. Die Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) und des Europäischen Leistungspunktesystems (ECVET) muss einen praktischen Mehrwert für Unternehmen und Auszubildende mit sich bringen. Die herausragende Qualität der deutschen Abschlüsse hat sich in der entsprechenden Einordnung in den Niveaustufen des Qualifikationsrahmens wiederzufinden.

Berlin, den 21. April 2009

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

